



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Januar 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

A 427 Anfrage Roth David über den Firmen-Exodus im Kanton Luzern – Was macht die Regierung? / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

David Roth ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

David Roth: In den Monaten, bevor ich mein Postulat eingereicht habe, fand ein grosser Stellenabbau statt: Bei der Zürich Versicherung betraf es 80 Stellen, bei Post Finance 107 Stellen, bei Edwards Lifesciences 250 Stellen und bei Ringier 172 Stellen. Allein bei diesen Firmen fand ein Abbau von 609 Arbeitsplätzen statt. Im Vergleich dazu hat die Wirtschaftsförderung 90 Stellen geschaffen. Ich störe mich immer wieder an der reinen Fokussierung auf die Zahl der eingetragenen Firmen. Pro neu eingetragene Firma sind 1,3 Vollzeitstellen geschaffen worden. Das zeigt, dass es sich dabei um reine Briefkastenfirmen handelt. Daraus lässt sich auch kein Wirtschaftswachstum ableiten. In welchem Zusammenhang stehen die geschaffenen Stellen mit dem Bevölkerungswachstum? Mit dem Bevölkerungswachstum geht ein Stellenwachstum einher, vor allem im Pflege- und Sozialbereich. Im Kanton Luzern ist das Stellenwachstum tiefer als das Bevölkerungswachstum. Das Stellenwachstum hat zudem nicht in zukunftsträchtigen Bereichen stattgefunden, sondern dort, wo die Konjunktur gut ist, etwa im Baubereich. Die Steuerstrategie hat also nicht die erhofften Erfolge gebracht hat, und der Kanton verharrt dort, wo er gestartet ist. In Zug hingegen entwickelt sich das Silicon Valley der Schweiz. Während in Zug die Fachhochschule für Informatik angesiedelt ist, bleibt der Kanton Luzern an Ort und Stelle stehen. Das zeigt auch die Entwicklung unserer Kantonsfinanzen. Der Kanton Luzern sollte sich nicht nur mit der Anzahl neu eingetragener Firmen brüsten, sondern eine Strategie kreieren, um in zukunftsträchtige Wirtschaftszweige zu investieren.

Urban Frye: Die in der Antwort des Regierungsrates präsentierten Zahlen übertreffen wohl die kühnsten Erwartungen des Finanzdirektors. So wird ein Beschäftigungszuwachs von 4,6 Prozent ausgewiesen. Ich habe aber eigene Erkundigungen bei Lustat und beim Handelsregisteramt eingezogen. Der Beschäftigungszuwachs betrug 2015 0,7 Prozent. Bei der Zahl von 4,6 Prozent handelt es sich um eine kumulierte Zahl aus den vergangenen Jahren. Verglichen mit dem Bevölkerungswachstum von 1,2 Prozent ist der Beschäftigungszuwachs im normalen Bereich. Entscheidend ist aber der Beschäftigungsgrad; damit wird ausgewiesen, ob von einer bestimmten Anzahl Kantonsbewohner mehr oder weniger Personen arbeiten. Der Beschäftigungsgrad lag in den letzten Jahren konstant bei 0,6 Vollzeitstellen pro Einwohner. Das heisst, dass beispielsweise nicht mehr Wiedereinsteigerinnen oder über 50-jährige Arbeitslose eine Stelle gefunden haben. Die Regierungsräte nehmen es mit den Zahlen nicht so genau. Seit 2015 sind im Kanton 434 Firmen zugezogen. Nach eigenen Aussagen ist die Wirtschaftsförderung für 14 dieser 434 Firmen zuständig gewesen. Ich wollte vom Handelsregisteramt wissen, wie

viele dieser Firmen aus dem Ausland kommen. Gemäss Handelsregisteramt sind das durchschnittlich drei Firmen. Laut dem Ökonomen Klaus Wellershoff gibt es keinen Zusammenhang zwischen der Höhe der Steuern und der wirtschaftlichen Prosperität eines Kantons.

Markus Gehrig: Es ist eine Tatsache, dass in den letzten Monaten des Jahres 2017 vier grosse Firmen ihren Wegzug aus dem Kanton Luzern angekündigt haben. Trotzdem kann die CVP mit dem Ausdruck „Firmen-Exodus“ im Titel der Anfrage nicht viel anfangen, im Gegenteil, der Titel ist irreführend. Bei grossen Firmen kommt es immer wieder zu Restrukturierungen; das war schon immer so, und man kann das gut oder schlecht finden. Es ist das Wesen der Wirtschaft, dass Stillstand Rückschritt bedeutet. Solche Umbauten oder Veränderungen werden in der Regel nicht kommuniziert. Dagegen können weder die Wirtschaftsförderung, die Gemeinden, der Regierungsrat noch der Bundesrat etwas tun. Auch in anderen Kantonen finden solche Wechsel, Abbaumassnahmen, Verlagerungen, aber auch Neuzuzüge statt. Der Regierungsrat zeigt in seiner Antwort auf, dass die Beschäftigungszahl steigt; diese Tatsache ist unserer Meinung nach wichtig. Natürlich verfolgen wir die Tätigkeit und den Erfolgsausweis der Wirtschaftsförderung ebenfalls kritisch. So hat die CVP zusammen mit anderen Parteien darauf hingewirkt, dass der Leistungsvertrag der Wirtschaftsförderung nur für ein statt für drei Jahre verlängert wird. Die Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) wird sich dieses Jahr mit dem Leistungsauftrag der Wirtschaftsförderung befassen. In die Vereinbarung sollen messbare Leistungsziele eingebaut werden. Wie kann die Wirtschaft im Kanton Luzern gestärkt und wie können nicht einfach nur Firmen angelockt werden? Die Antwort zu Frage 4 ist interessant, aber vermutlich nicht im Sinn des Anfragenden. So erklärt der Regierungsrat, bei der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen und der Erneuerung der Luftabwehr müsste die politische Unterstützung ebenfalls vorhanden sein, sonst wären im Kanton Luzern auch wieder Arbeitsplätze gefährdet. Ich komme zurück zum Titel der Anfrage: Was tut der Regierungsrat dagegen? Der Regierungsrat und die Verwaltung können mit weniger Bürokratie ein KMU-freundliches Klima im Kanton schaffen, denn die KMU sind Stützen der Luzerner Wirtschaft.

Reto Frank: Die Pflege der Unternehmen ist eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftsförderung. Als beispielsweise die SBB Arbeitsplätze nach Olten verlagert hat, stand die Wirtschaftsförderung in regem Kontakt mit den SBB. Letztlich handelt es sich aber immer um unternehmerische Entscheidungen. In der Regel werden solche nicht im Voraus kommuniziert. Ich bin ebenfalls der Meinung, dass es mehr Kennzahlen als nur die Anzahl Firmen im Kanton braucht. Die Akquisition von Unternehmen sollte ein Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung sein. Aktuelle Zahlen belegen, dass der Kanton diesbezüglich Spitzenreiter ist. Das ist sicher auch auf die Steuerstrategie zurückzuführen. Auch in Amerika ist durch die Steuersenkung ein grosses Firmenwachstum zu verzeichnen. Die WAK wird den Leistungsauftrag der Wirtschaftsförderung zudem genau überprüfen.

Rolf Born: Unter Exodus versteht man den Auszug einer Gesamtheit. Die Anfrage betrifft einige Unternehmen, und wenn uns auch der Wegzug eines Unternehmens und der damit verbundene Wegfall von Arbeitsplätzen schmerzen, kann doch nicht von einem Exodus die Rede sein, im Gegenteil; aber das ist je nach Betrachtungsweise verschieden. Aus Sicht der FDP zeigt die Antwort des Regierungsrates auf, dass der Kanton gestärkt worden ist. Für die FDP ist es klar, dass in erfolgreichen Unternehmen Strategie und Marschrichtung – auch bezüglich Standort – durch den Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung sowie die Unternehmensleitung definiert werden. Solche Beurteilungen werden in aller Regel, weil sie oft auch börsenrelevant sind, nicht mit Aussenstehenden erörtert, sondern mit Experten. Danach werden Entscheidungen getroffen, und diese werden kommuniziert. Erst dann kann die Politik reagieren. Die FDP hat grosses Vertrauen in die Regierung, dass sie entsprechend ihrer Möglichkeiten reagiert und versucht, Arbeitsplätze und Unternehmen am Standort Luzern zu halten, wenn sie Kenntnisse von Problemen hat. Auch wir können etwas dazu tun, dass Unternehmen im Kanton bleiben und den Standort als wenig risikohaft beurteilen, nämlich indem wir die Rahmenbedingungen nicht immer öffentlichkeitswirksam

infrage stellen oder verändern wollen. Die Konstanz der politischen Verhältnisse und die Fachkräfte sind wichtige Inputs für die Beurteilung eines Standorts. Die FDP vertraut darauf, dass die zuständigen Behörden auch inskünftig die richtigen Massnahmen treffen, um einen starken Wirtschaftsstandort Luzern zu erhalten.

Giorgio Pardini: Es ist in der Tat nicht ganz einfach, das Rezept für eine nachhaltige Wirtschaftsförderung zu entwickeln, aber es gibt verschiedene Möglichkeiten. Der Kanton Luzern hat sich für eine einzige Möglichkeit entschieden, nämlich für die Steuerstrategie. Es ist unsere Pflicht, die Steuerstrategie auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Kantons zu überprüfen. Das Beschäftigungswachstum in anderen Regionen sieht wie folgt aus: Zürich plus 7 Prozent, Mittelland plus 6 Prozent, Nordwestschweiz plus 5 Prozent, Tessin plus 2 Prozent, Ostschweiz plus 1 Prozent. Die Zentralschweiz hingegen, und dort nimmt der Kanton Luzern eine gewichtige Rolle ein, weist ein Minus von 4 Prozent aus. In der Zentralschweiz haben alle Kantone allein auf die Steuerstrategie gesetzt. Über diese Zahlen sollten wir diskutieren. Dabei geht es nicht einfach darum, die Steuerstrategie infrage zu stellen, sondern es gibt auch noch andere Bereiche wie die Raumordnung, die Entwicklungsschwerpunkte oder die Hochschulen. Ich erinnere dabei an die verpasste Chance, das Departement Informatik der Hochschule Luzern im Kanton Luzern zu behalten; stattdessen wurde es in den Kanton Zug verlegt. Die Steuerstrategie allein genügt also nicht, denn sonst würden wir heute ganz andere Zahlen vorweisen. Deshalb gilt es auch in der WAK über den Auftrag der Wirtschaftsförderung zu diskutieren.

Marcel Omlin: Von linker Seite wird immer wieder betont, dass sich der Regierungsrat für die falsche Strategie entschieden habe. Schlussendlich hat aber das Volk der Steuerstrategie zugestimmt, und das Volk ist der Souverän. Es war auch nie davon die Rede, dass die Schmolz-und-Bickenbach-Gruppe ihre Konzernzentrale 2017 nach Luzern geholt hat. Viel lieber wird auf Kosten von Personen, die leider ihre Stelle verloren haben, Propaganda betrieben. Es wäre jedoch sinnvoller, nach Lösungen für die Betroffenen zu suchen. Solche Lösungen hat die Linke aber nicht parat. Noch etwas zur Ruag: Ohne den Flugplatz Emmen könnte die Ruag nicht überleben, das sollte auch den Flugplatzgegnern bewusst sein. In ihrer Antwort schreibt die Regierung nichts vom neuen Zentrum für Luftfahrt der Armasuisse in Emmen. Durch dieses Vorhaben entstehen 20 bis 30 hochtechnologische Arbeitsplätze. Der Titel der Anfrage ist einfach nur reisserisch. Ich verwehre mich zudem gegen die Aussage, dass die Regierung ungenau arbeite.

Othmar Amrein: Wer schon in Unternehmen tätig war, weiss, dass Firmen ihre Strategie auf verschiedenen Pfeilern und Grundlagen aufbauen. Es gilt, interne und externe Einflüsse genauestens zu analysieren. Daraus werden die entsprechenden Strategien entwickelt. Eröffnungen und Schliessungen von Betrieben sowie Umzüge und Zusammenschlüsse von Einheiten gehören zur Aufgabe eines Managements. Es gehört zum täglichen Geschäft, dass Firmen zu- und wegziehen. Für uns Politiker ist es aber wichtig, Tendenzen festzustellen und zu beurteilen und Korrekturen der Rahmenbedingungen vorzunehmen. Es ist falsch, aufgrund des Wegzugs von vier Firmen schon von einem Exodus zu sprechen. Ich gehe mit Giorgio Pardini einig, dass wir gut daran täten, unsere Zahlen einmal abzugleichen. Laut meinen Zahlen floriert der Kanton Luzern nämlich, es werden Stellen geschaffen, und schlussendlich steigen die Steuerträge. So werden im Automobilsektor und in der Flugzeugindustrie hochtechnologische Arbeitsplätze geschaffen; auch diese Tatsache sollte einmal zur Kenntnis genommen werden.

Jörg Meyer: Laut dem Gesetz über die Wirtschaftsförderung und die Regionalpolitik betreibt der Kanton Luzern eine Wirtschaftspolitik, die sich für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum an den regionalen Stärken orientiert. Es geht um Nachhaltigkeit und Innovation, und nicht einfach nur um die Sitze von zugewanderten Firmen. Nur so entstehen wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze. Aber genau dort hinkt der Kanton Luzern verglichen mit anderen Kantonen hinterher. Wir sollten auf regionale Stärken setzen und nicht einfach auf Firmen, die sich genauso schnell niederlassen, wie sie auch wieder wegziehen, wenn es ein steuerlich attraktiveres Angebot gibt. Unser Rückgrat sind die KMU, sie sind ebenfalls an guten Steuerverhältnissen interessiert, aber auch an anderem, zum Beispiel an einem guten

und verlässlichen Kanton als Auftraggeber. Gerade die KMU zeichnen sich im Ausbildungsbereich durch einiges mehr aus als all die zugezogenen Firmen. Es ist an der Zeit, endlich über Wirtschaftspolitik zu sprechen, die ihren Namen auch verdient. Ich bin froh, dass die WAK diesbezüglich aktiv wird.

Heidi Scherer: Der Titel der Anfrage ist mir sauer aufgestossen. Das Beschäftigungswachstum und die Anzahl von Neugründungen von Firmen im Kanton Luzern sprechen eine andere Sprache.

Urs Brücker: Im schweizerischen Benchmark steht der Kanton Luzern bezüglich Arbeitslosenzahlen sehr gut da. Im Vergleich zu anderen Regionen weist der Kanton Luzern in den letzten Jahren ein sehr starkes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf. Meiner Meinung nach handelt es sich dabei um sehr wichtige Indikatoren. Die Steuerstrategie allein ist nicht der wichtigste Faktor für den Zu- oder Wegzug einer Firma. Was die neue Leistungsvereinbarung mit der Wirtschaftsförderung angeht, sollte dem Umstand Rechnung getragen werden, dass im Kanton Luzern viele KMU ansässig sind. Im Vergleich mit den Kantonen Basel, Zürich und Genf gibt es im Kanton Luzern keine grossen Cluster. Eine Ausnahme ist die Perlen Papier AG, die zum Teil international erfolgreich ist. Firmen wie die Perlen Papier AG sind auf die nötigen Rahmenbedingungen angewiesen, um weiterhin innovativ sein zu können. Die WAK sollte darüber diskutieren, inwieweit die Wirtschaftsförderung das Ihre dazu beitragen kann.

Guido Müller: „Was macht die Regierung?“, heisst es provokativ im Titel der Anfrage. Ich frage aber: Was macht die SP? Die SP redet zusammen mit den Medien den Wirtschaftsstandort Luzern systematisch schlecht. Demnach scheint der Kanton Luzern der dümmste Kanton der Schweiz zu sein. Die Zahlen sagen aber etwas anderes. Der Kanton Luzern weist eine tiefe Arbeitslosigkeit und eine gesunde Struktur für die KMU auf. Zu dieser Struktur gilt es Sorge zu tragen. Ich bitte die SP darum, selber einmal einen Beitrag zu leisten. Erfahrungsgemäss haben weder die SP noch die Gewerkschaften viele Arbeitsplätze geschaffen, sie machen sich aber immer bemerkbar, wenn Arbeitsplätze verloren gehen. Obwohl die Postfinance gewerkschaftlich sehr gut organisiert ist, gehen nun Arbeitsplätze im Kanton Luzern verloren. Wo waren die Gewerkschaften und die SP in diesem konkreten Fall? Ich bitte alle, den politischen Anstand zu wahren. Aussagen wie jene von Urban Frye, dass die Regierung ungenau arbeite, sind nicht förderlich für den Wirtschaftsstandort Luzern.

Erwin Arnold: Es wurde schon mehrmals gesagt, dass die WAK die Leistungsvereinbarung der Wirtschaftsförderung überprüfen wird. Man sollte aber auch die Relationen der Beiträge nicht ausser Acht lassen. Der Kanton bezahlt an die Wirtschaftsförderung einen Beitrag von 600 000 Franken, die Gemeinden bezahlen 400 000 Franken. Die jährlichen Beiträge aus der Wirtschaft, also der Netzwerkpartner, belaufen sich auf 1,2 Millionen Franken. Das kann nur bedeuten, dass die Netzwerkpartner an einer guten Wirtschaftsförderung interessiert sind. Auch wenn die Antwort zu Frage 4 nicht im Sinn der SP ist, bitte ich doch Mass zu wahren, damit diese Arbeitsplätze erhalten bleiben können. Es ist mühsam, dass die Linken unseren Kanton in allen Belangen schlechtreden. Anstelle von beleidigenden Äusserungen sind konstruktive Vorschläge gefragt, zumindest ein gewisser parlamentarischer Anstand sollte gewahrt werden. Die Linke scheint sich in ihrer Oppositionsrolle sehr wohl zu fühlen. Leider bringt das allein den Kanton nicht weiter.

David Roth: Die Postfinance hat die Arbeitsplätze nicht gestrichen, sondern in Luzern abgebaut, weil Luzern von der Infrastruktur her weniger geeignet ist als andere Standorte. Genau das ist der Punkt. Die Ruag ist wegen der vorhandenen Infrastruktur im Kanton angesiedelt. Genau bezüglich Infrastruktur sollte sich der Kanton weiterentwickeln, und wir sind bereit, entsprechende Vorschläge zu machen.

Josef Wyss: Othmar Amrein hat es treffend gesagt: Bei den Wegzügen der Firmen, über die wir hier sprechen, hat es sich um die Umsetzung von unternehmerisch-strategischen Entscheiden gehandelt. Die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Luzern hängt vor allem von der Verlässlichkeit in Bezug auf die Steuerpolitik, die Verkehrspolitik, die Bildungspolitik und die Gesundheitspolitik ab. Es müssen verschiedenen Faktoren erfüllt sein, damit wir Firmen im

Kanton ansiedeln können. Die verschiedenen Faktoren sollten dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Michael Töngi: Die Grünen haben seit jeher für das Amt des Regierungsrates kandidiert und werden es auch bei den nächsten Wahlen wieder tun. Wir würden diese Verantwortung sehr gerne übernehmen. Aber wenn man in die Opposition geschickt wird, dann verhält man sich auch entsprechend. Unser Parlament interpretiert die Zahlen zur Wirtschaftsförderung auf verschiedene Art und Weise. Deshalb würde sich eine Auslegeordnung lohnen, um auf der gleichen Grundlage zu diskutieren. Heute wurde beispielsweise mehrmals auf die tiefe Arbeitslosigkeit im Kanton Luzern verwiesen. Bereits in den 90er-Jahren hatte der Kanton Luzern unterdurchschnittliche Arbeitslosenzahlen ausgewiesen. Das hat mit der Wirtschaftsstruktur unseres Kantons zu tun.

Giorgio Pardini: Zum Votum von Guido Müller möchte ich anmerken, dass die SP die Aufwertung des Schweizer Frankens massiv kritisiert hat. Nach über zwölf Monaten kommt die Schweizerische Nationalbank zum Schluss, dass der Schweizer Franken wirklich zu stark ist für die Wirtschaft. Das hat die Schweiz aber etwa 20 000 Arbeitsplätze gekostet. Die flankierenden Massnahmen haben zudem den Arbeitsplatz Schweiz geschützt.

Räto B. Camenisch: Die SVP kennt sich in der Oppositionsrolle auch gut aus. Wir haben uns aber immer an gewisse Regeln gehalten. Die Regierung hat gut daran getan, die Unternehmenssteuer zu senken. Damals war übrigens auch noch die Linke in der Regierung vertreten. Die Früchte ernten wir nun, denn der Kanton blüht. Was geschieht in der übrigen Welt? Amerika senkt seine Unternehmenssteuern von 34 auf 21 Prozent. Die Finanzwelt und die Wirtschaft in Amerika atmen auf, es kommt zu einem weltweiten Impuls. Währenddem diskutieren wir hier darüber, ob die Steuerstrategie wohl der richtige Weg für den Kanton war. Für mich handelt es sich dabei um billigen Wahlkampf, und ich hoffe, die Bevölkerung sieht das genauso.

Urban Frye: Ich habe nicht gesagt, dass die Regierung ungenau arbeitet, sondern dass die Präsentation der Zahlen ungenau sei. Die Zahlen müssen zuerst in einen richtigen Kontext gestellt werden, bevor man sie politisch deutet. Das ist in der vorliegenden Antwort des Regierungsrates nicht der Fall.

Ordnungsantrag Keller Daniel: Abbruch der Diskussion.

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag mit 62 zu 38 Stimmen zu. Die zuvor angemeldeten Redner dürfen noch sprechen.

Marcel Budmiger: Es wurde mehrmals gesagt, dass die Linke alles schlechtrede. Wäre es aber auch möglich, dass die Bürgerlichen alles schönreden? Josef Wyss hat in seinem Votum Verlässlichkeit verlangt. Dem stimmen wir zu. Gerade im Service public braucht es Verlässlichkeit und Planungssicherheit, deshalb haben wir auch drei Initiativen eingereicht. Gestern hat unser Rat zwei davon behandelt; die Bürgerlichen haben beide abgelehnt. Guido Müller wollte wissen, was die SP und die Gewerkschaften dagegen unternehmen, wenn Arbeitsplätze verlagert werden. Wir beschwerten uns in einem solchen Fall; es wäre aber wünschenswert, dass die Regierung auch etwas unternimmt und zu den entsprechenden Unternehmen den Kontakt sucht. Erfahrungen aus anderen Kantonen haben gezeigt, dass eine solche Einflussnahme durch die Regierung hilfreich sein kann.

Marcel Omlin: Ich bedanke mich für den Hinweis von Giorgio Pardini, aber die Geldmarktpolitik ist Sache des Bundes. Wir reden hier aber über den Kanton Luzern.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Exodus bedeutet eine „massenhafte Auswanderung“. Wir sind uns wohl darüber einig, dass das Gegenteil der Fall ist. Ich bitte Sie zur Kenntnis zu nehmen, dass wir einen Firmenzuwachs verzeichnen und Arbeitsplätze geschaffen wurden. Die entsprechenden Zahlen sind statistisch festgehalten. Es sind die guten Rahmenbedingungen, weswegen sich neue Firmen im Kanton Luzern niederlassen. Dazu existieren verschiedene gute Studien, unter anderem jene der UBS über den Wettbewerbsvergleich der Kantone. In dieser Studie ist der Kanton Luzern seit Jahren sehr gut auf Rang 5 positioniert. Wir können uns aber beispielsweise nicht Richtung Zürich orientieren, rein schon wegen der regionalen Unterschiede. Der Kanton Luzern befindet sich

aber nicht wegen der Steuerstrategie auf Rang 5. Unsere Bevölkerung beteiligt sich beispielsweise mit ihrer Arbeitskraft daran. Unser Bildungsstand liegt über dem anderer Kantone. Wir verfügen über innovative Firmen und eine gute Verkehrsanbindung. Der Kanton Luzern hat ein günstiges Kostenumfeld und eine hohe Lebensqualität. Dazu kommt die Arbeit der Verwaltung, insbesondere im Bereich der Raumplanung und der Wirtschaftsförderung. Die Gemeinden und der Regierungsrat übernehmen zudem die Bestandespflege vor Ort. Dieses Gesamtpaket macht den Kanton Luzern erfolgreich. Das BIP-Wachstum des Kantons ist über dem schweizerischen Durchschnitt, die Arbeitslosenquote liegt hingegen tiefer. Die Zahl der Firmen und der Arbeitsplätze steigt. Ich verstehe deshalb nicht, warum nicht einfach akzeptiert werden kann, dass der Kanton Luzern erfolgreich ist. Ich wäre froh, wenn wir alle etwas mehr Selbstbewusstsein an den Tag legen würden und uns nicht mit solchen Diskussionen aufhalten müssten.